

# **AFD – EINE PARTEI FÜR NICHTWÄHLER?**

**WAHLBETEILIGUNG UND MOBILISIERUNG  
VON NICHTWÄHLERINNEN UND  
NICHTWÄHLERN SEIT 2013**

---

**HORST KAHR**  
INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE  
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG  
kahrs@rosalux.de

## INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung und Zusammenfassung .....	3
Steigende Wahlbeteiligung durch die AfD? .....	4
Wahlbeteiligung und institutionelle Ebenen .....	4
Wahlbeteiligung und regionale (örtliche) Ungleichheit: Sachsen-Anhalt .....	6
Die AfD und die Mobilisierung von Nichtwählerinnen und Nichtwählern .....	8
Wechsel von Nichtwahl zu Parteiwahl.....	8
Wechsel zwischen Parteiwahl und Nichtwahl – Dauer-Nichtwähler .....	11

## **EINLEITUNG UND ZUSAMMENFASSUNG**

Der AfD wird nachgesagt, in hohem Maße Nichtwähler zu mobilisieren, so etwas wie eine neue Partei für Nichtwähler zu sein. Diese Vermutung dient gleichzeitig als Beleg, dass es unter den Nichtwählern einen größeren Teil gäbe, der, höchst unzufrieden mit den Altparteien, bereit wäre, eine populistische Partei zu wählen, ja, der nur auf eine solche Partei gewartet habe. Als Beleg wird in der Regel angeführt, dass die Wahlbeteiligung bei den (jüngsten) Landtagswahlen gestiegen sei und stillschweigend unterstellt, dass dies allein ein Verdienst der AfD sei. Gleichzeitig wird auf die große Zahl von Nichtwählern verwiesen, die die Wählerwanderungsbilanzen für die AfD zeigen. Beide Argumente sind zu hinterfragen und zu prüfen.

(1) Lässt sich die Wahlbeteiligung bei einer Landtagswahl, die wie 2016 für viele Wähler und Wählerinnen von einem bundespolitischen Thema überwölbt wird, welches zu einer Richtungsentscheidung über die Zukunft des Landes formiert wird, nötigt, mit der Beteiligung an einer vorherigen Landtagswahl vergleichen, der es an einer solchen bundespolitischen Dramatik und gesellschaftspolitischen Konfliktlage ermangelt? Hier wird nun argumentiert, dass von einem wirklichen Einbruch ins „Lager der (politikfernen) Nichtwähler“ erst dann die Rede sein kann, wenn die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl diejenige bei der letzten Bundestagswahl in dem jeweiligen Land übersteigt. Es wird sich zeigen, dass dies flächendeckend nicht der Fall ist, wohl aber vereinzelt lokal und regional. Hierin wird ein Indiz gesehen, dass die alte gesellschaftspolitische Konfliktlinie von (wachsendem) Zentrum und (schrumpfender) Peripherie wieder an Bedeutung gewinnt und Bürgerinnen und Bürger zur Wahlbeteiligung ermuntern kann.

(2) Lassen sich die Gewinne einer erstmals antretenden Partei unter Nichtwählern mit den saldierten Gewinnen und Verlusten der anderen Parteien unter Nichtwählern vergleichen? Es wird hier behauptet, dass dies einem Vergleich von Äpfel und Birnen nahekommt. Tatsächlich wäre nur der Wechsel von vormaligen Nichtwählern ins Lager der Parteiwähler aussagekräftig und daher zu betrachten. Es zeigt sich, dass erst bei den Wahlen 2016 ehemalige Nichtwähler einen deutlich überdurchschnittlichen Anteil an den AfD-Stimmen ausmachen. Aber auch andere Parteien können erhebliche Stimmenanteile ehemaliger Nichtwähler gewinnen, vorwiegend durch die polarisierende Entscheidung über die regierende Persönlichkeit.

Der Bestand an dauerhaften Nichtwählern ist seit 2002 beständig gewachsen. Der einst neuen Partei DIE LINKE ist es nicht gelungen, mit einer Mobilisierung entlang der Konfliktlinie Arbeit – Kapital diesen Prozess aufzuhalten. Sollte der AfD dies bei der Wahl 2017 gelingen, wäre es ein wichtiges Indiz dafür, dass eine Polarisierung entlang der Konfliktlinie Einwanderung/Abschottung (Kosmopolitismus-Kommunitarismus) tatsächlich nachhaltig mobilisierend wirkt und die gesellschaftspolitischen Debatten absehbar prägen wird.

Alle berichteten Zahlen entstammen der amtlichen Wahlstatistik oder den „Exit poll“-Befragungen von Infratest dimap. Deshalb ist hier anzumerken: Alle Hinweise auf unterscheidbare Segmente von dauerhaften und einmaligen oder sporadischen Nichtwählern sind mit dem Wissen zu betrachten, dass es sich um Aussagen auf der Basis von „statistischen Klumpen“ handelt. Tatsächlich fehlt es in Deutschland an Längsschnittdaten, einem Panel, das über Jahre das Wahlverhalten einer Person beobachtet.

## STEIGENDE WAHLBETEILIGUNG DURCH DIE AfD?

### WAHLBETEILIGUNG UND INSTITUTIONELLE EBENEN

Die AfD kandidierte erstmals bei der Bundestagswahl 2013 und erzielte mit 4,7% der gültigen Stimmen einen Achtungserfolg. Die Wahlbeteiligung stieg gegenüber dem historischen Tief von 2009 um 0,8 Prozentpunkte auf 71,5%. Bei der nächsten landesweiten Wahl, der Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2014, stieg die Wahlbeteiligung von 43,3% auf 48,1%. Allerdings dürfte die Beteiligung der AfD darauf wenig Einfluss gehabt haben, da der Anstieg vor allem in den Bundesländern stattfand, in denen gleichzeitig auch Kommunalparlamente gewählt wurden, so dass die Zusammenlegung von Wahlterminen eher als Ursache angesehen werden kann.

<b>Tab. 1 Wahlbeteiligung 2013-2016</b>			
	aktuell	Vorwahl	Diff.
BTW 2013	71,5	70,8	0,7
EP 2014	48,1	43,3	4,8
LTW SN 2014	49,1	52,2	-3,1
LTW BB 2014	47,9	67,0	-19,1
LTW TH 2014	52,7	56,2	-3,5
LTW HH 2015	56,5	57,3	-0,8
LTW HB 2015	50,2	55,5	-5,3
LTW BW 2016	70,4	66,3	4,1
LTW RP 2016	70,4	61,8	8,6
LTW ST 2016	61,1	51,2	9,9
LTW MV 2016	61,9	51,5	10,4
LTW BE 2016	66,9	60,2	6,7

BB: 2009 LTW und BTW am gleichen Tag  
Quelle: [www.bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de), 7.1.2017

Ab dem Spätsommer 2014 folgten dann zehn Landtagswahlen mit AfD-Beteiligung. Bei den Wahlen in 2014 und 2015 lag die Beteiligung regelmäßig niedriger als bei der vorherigen Landtagswahl. Die Beteiligung einer neuen, in Opposition zu den etablierten Parteien stehenden Partei ließ die Wahlbeteiligung nicht steigen. Erst bei den Landtagswahlen 2016 stieg die Beteiligung z.T. erheblich an (vgl. [Tabelle 1](#)). Es ist also nicht das Auftreten der AfD an sich, welches zu einer höheren Wahlbeteiligung führt.

Die Wahlen 2016 prägte in einem außerordentlichen Maß die bundespolitische Auseinandersetzung um die deutsche Flüchtlingspolitik bzw. die humanitär begründete befristete Öffnung der Grenzen und das faktische Außerkraftsetzen des Dublin-Abkommens für Flüchtlinge auf der Balkanroute. Die AfD positionierte sich als scharfe Gegnerin von Bundeskanzlerin Merkel und forderte die Grenzschließung und Flüchtlingsabwehr. Diese bundespolitische Aufladung der Landtagswahlen dürfte entscheidend für eine höhere

Wahlbeteiligung gewesen sein, da für viele Wähler und auch Wählerinnen, so die Nachwahlbefragungen, die Bundespolitik und nicht die Landespolitik wahlentscheidend war. Solche Effekte sind bereits aus früheren Landtagswahlen bekannt. Gleichzeitig veränderte die AfD, noch mehr Sammlungsbewegung als programmatisch geformte Partei, in dieser gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung ihren Charakter. Sie wurde zur politischen Projektionsfläche von Wählerschichten, die sie 2013/14 noch hatten rechts liegen lassen.

Viele Wähler und Wählerinnen nehmen durch ihre Beteiligung oder Nichtbeteiligung eine indirekte Gewichtung der Wahlen auf den verschiedenen institutionellen Ebenen vor. Grundsätzlich ist die Beteiligung an Bundestagswahlen am höchsten, sie gelten als »Wahlen erster Ordnung«, hier bildet die Beteiligung am ehesten den Anteil der an politischen Fragen interessierten und wahlbereiten Staatsbürgerinnen und -bürger ab. Mit einer regelmäßig um mehr als zehn Prozentpunkte niedrigeren Wahlbeteiligung bilden die Landtagswahlen »Wahlen zweiter Ordnung«. Meist nochmals deutlich niedriger fällt die Beteiligung an Europa- und Kommunalwahlen aus, allerdings gibt es in einigen Ländern auch Tendenzen der Annäherung der Beteiligungsquoten auf diesen drei Ebenen. Die Differenz zwischen der höchsten und der niedrigsten Wahlbeteiligung beträgt teilweise über 20%, mehr als ein Fünftel der Wahlberechtigten. Dieses Phänomen lässt sich nicht als generelle Wahlabstinenz, Parteienverdruss und Distanz zur parlamentarischen Demokratie erklären, wenn z.B. bei der Bundestagswahl im September 2013 71,5% der Wahlberechtigten sich beteiligen und wenige Monate später, im Mai 2014, nur noch 48,1% an der Wahl zum Europäischen Parlament. Es handelt sich vielmehr um eine bewusste Gewichtung der Bedeutung der jeweiligen Wahl durch viele Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl.

Unter diesem Blickwinkel hat jede Wahl ihre eigenen Kategorien von Nichtwählern: Wähler bei der Bundestagswahl werden zu Nichtwählern bei der Europawahl und wieder zu Wähler bei der kommenden Landtagswahl usw. Die einzige gemeinsame Kategorie sind die dauerhaften Nichtwähler, also diejenigen, die an zwei und mehr aufeinanderfolgenden Bundestagswahlen nicht teilgenommen haben. Bei ihnen kann mit einer hohen Wahrscheinlichkeit unterstellt werden, dass sie auch an anderen Wahlen nicht teilnehmen. Wer an einer Landtagswahl nicht teilnimmt, kann aber gleichwohl bundespolitisch interessiert sein und sich an der Bundestagswahl beteiligen. Wer einmal an einer Wahl nicht teilnimmt, zählt noch nicht unter die politik- und wahlfernen Nichtwähler.

Von einer durchgreifenden Wirkung der AfD auf die Wahlbeteiligung (Remobilisierung dauerhafter Nichtwähler), könnte erst angesichts einer höheren Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 gesprochen werden. Für die zurückliegenden Landtagswahlen gilt: Ein echter Einbruch ins »Lager der Nichtwähler« - »Lager« im Sinne: aus welchen Gründen auch immer nicht an Wahlen interessiert – wäre dort zu vermuten, wo die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl höher als bei der Bundestagswahl 2013 ausfiel. Erst dann wäre ein größerer Einbruch in die Gruppe der Dauernichtwähler plausibel anzunehmen.<sup>1</sup>

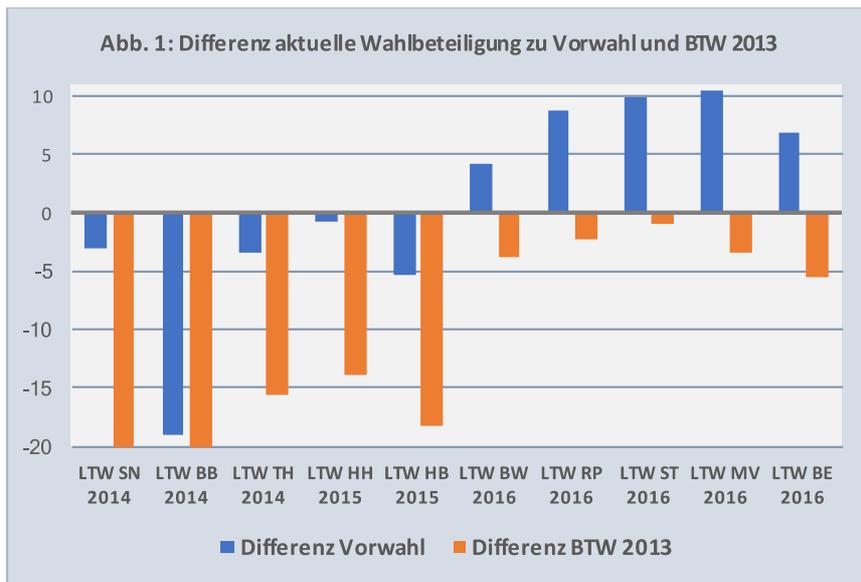
Der Vergleich der aktuellen Beteiligung an der Landtagswahl mit der Beteiligung an der Bundestagswahl 2013 in dem jeweiligen Land (Tabelle 2) zeigt, dass in keinem Fall die Beteiligung bei der Landtagswahl über derjenigen bei der Bundestagswahl lag, sich aber z.T. deutlich annäherte. Auf der Ebene der statistischen Aggregate, auf der sich diese Analyse bewegt, liegt die Schlussfolgerung nahe, dass die bundespolitische Überwölbung, Aufladung der Landtagswahl einen erheblichen Teil der bundespolitisch, aber nicht landespolitisch interessierten Wahlberechtigten zur Stimmabgabe geführt hat. Die Zahlen belegen zunächst nur die bekannte These, dass eine bundespolitische Polarisierung bzw. Thematik die Beteiligung an Landtagswahlen fördert. Es gab ein ausgeprägtes Bedürfnis, über Bundes-themen abzustimmen – mangels besserer Gelegenheit (Bundestagswahl) taten die Wählerinnen und Wähler dies bei einer Landtagswahl.

Abbildung 1 fasst die Veränderungen der Wahlbeteiligungsquoten zusammen. Sie belegen keinen positiven Effekt auf die Beteiligung durch den Wahlantritt einer neuen (Protest-) Partei. Erst als mit der Flüchtlingspolitik ein Thema die bundesweite gesellschaftspolitische Debatte bestimmt, steigt die Beteiligung. Solange die AfD mit ihrem ursprünglichen Protestthema – »Bankenrettung«, »Eurokrise« – verbunden wurde, verzeichnete sie Achtungserfolge. Das änderte sich, als sie sich des Protestes gegen die Flüchtlingspolitik bemächtigte. Als Partei, die Nichtwähler mobilisieren kann, erscheint sie nur im Vergleich mit den vorherigen Landtagswahlen, bei denen eine vergleichbare bundespolitische Prägung fehlte.

	BTW 2013	Diff. akt. Wahl
BTW 2013	71,5	
EP 2014	71,5	-23,4
LTW SN 2014	69,5	-20,4
LTW BB 2014	68,4	-20,5
LTW TH 2014	68,2	-15,5
LTW HH 2015	70,3	-13,8
LTW HB 2015	68,4	-18,2
LTW BW 2016	74,3	-3,9
LTW RP 2016	72,8	-2,4
LTW ST 2016	62,1	-1,0
LTW MV 2016	65,3	-3,4
LTW BE 2016	72,5	-5,6

Quelle: www.bundeswahlleiter.de, 7.1.2017

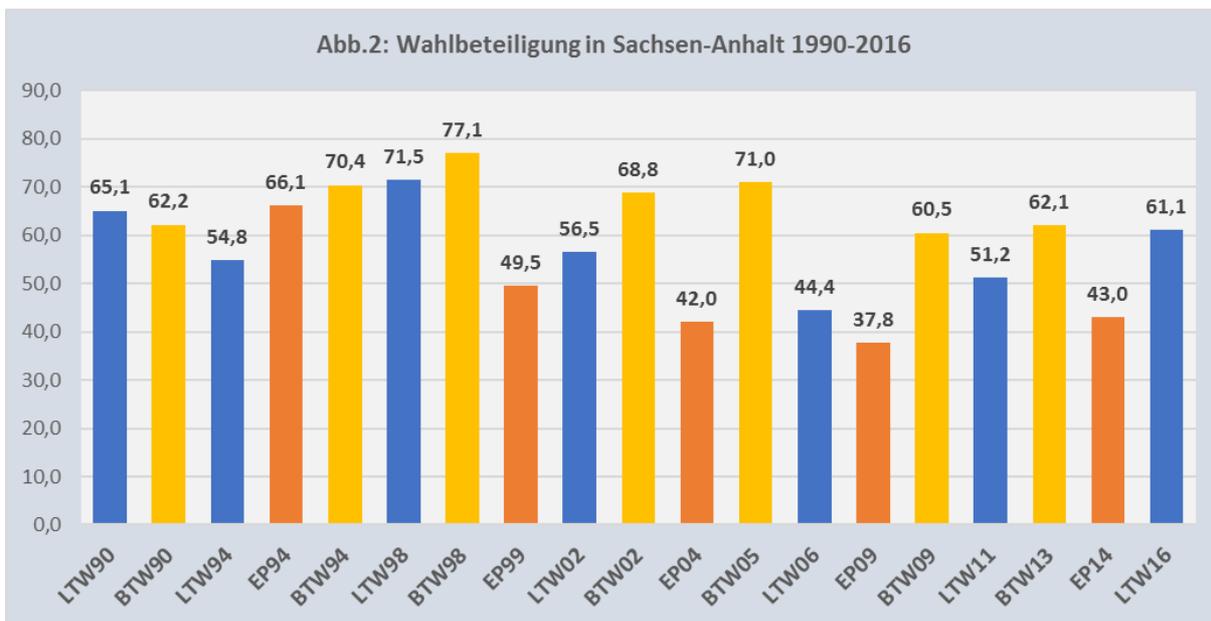
<sup>1</sup> Selbstverständlich darf nicht ignoriert werden, dass dies der AfD im Einzelfall bei den zurückliegenden Wahlen gelungen ist. Es gibt aber keine systematische Untersuchung über das Ausmaß, in dem die AfD bisherige Dauernichtwähler mobilisieren konnte.



Diese Annahme wird unterstützt durch Ergebnisse der Wahltagsbefragungen. So äußerten mehr als zwei Drittel der AfD-Anhänger, dass bundespolitische Themen, nicht landespolitische Themen für sie wahlentscheidend gewesen seien. In Mecklenburg-Vorpommern verhielt es sich insbesondere bei SPD- und LINKE-Anhängern umgekehrt: Hier gaben z.T. über drei Viertel der Wähler an, dass für sie landespolitische Themen entscheidend gewesen seien.

### WAHLBETEILIGUNG UND REGIONALE (ÖRTLICHE) UNGLEICHHEIT: SACHSEN-ANHALT

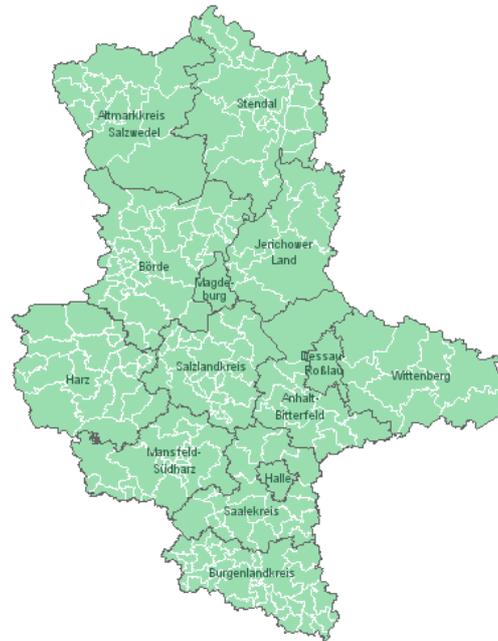
Diese Hypothese mag für die Landesebene gelten, doch könnten sich hinter dem statistischen Durchschnitt bedeutsame regionale Abweichungen verbergen. Diese Frage soll für das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt geprüft werden. Hier ist die Steigerungsrate gegenüber der vorherigen Landtagswahl hoch und die Differenz zur Beteiligung an der letzten Bundestagswahl besonders klein. Zudem ergaben die Nachwahlbefragungen von Infratest dimap, dass bei AfD-Wählern die »Flüchtlingspolitik« »nur« für 56% ein wahlentscheidendes Thema (in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz am gleichen Wahltag etwa 10% höher) und das Thema »Soziale Gerechtigkeit« mit rund 42% für die AfD-Anhänger hier wichtiger war als in den beiden anderen Ländern (um etwa 5 Prozentpunkte), die bundespolitische Prägung könnte hier für das Wahlverhalten eine geringere Bedeutung gehabt haben als bei den zeitgleichen Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.



Die Beteiligung an Bundestageswahlen zählte in Sachsen-Anhalt traditionell zu den niedrigsten in der Bundesrepublik. Bei den letzten beiden Wahlen lag sie auf dem Niveau vom Dezember 1990. Die Entwicklung der Beteiligung, die Abbildung 2 zeigt, lässt sich knapp in drei Phasen zusammenfas-

sen: Dem Anstieg der politischen Beteiligung bis zur Bundestagswahl 1998 folgte die Phase des abnehmenden Interesses an landespolitischen Themen ab 2002, das Interesse an Bundestagswahlen ging mit der Wahl 2009 stark zurück, seit dem Tiefpunkt 2004 nahm das Interesse an Landespolitik bei der Wahl 2011 wieder zu.

Zum Zeitpunkt der Landtagswahl 2016 zählte das Land 218 Städte und Gemeinden. In 112 von ihnen, also etwas mehr als die Hälfte, lag die Beteiligung über derjenigen bei der Bundestagswahl. Den höchsten Wert mit 7% über der Bundestagswahl erreichte die Gemeinde Loitsche-Heinrichsberg mit 803 wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern. Betrachtet man die Steigerung der Stimmenanteile der AfD gegenüber der Bundestagswahl, belegt die Gemeinde lediglich Rang 151. Die Gemeinde Ahlsdorf, Landkreis Mansfeld-Südharz, verzeichnet eine um 5,6 Prozentpunkte höhere Beteiligung als bei der Bundestagswahl und Rang 6 beim Anstieg der AfD-Stimmenanteile. In der Hansestadt Werben (Elbe), Landkreis Stendal, 987 Wahlberechtigte, bleibt die Wahlbeteiligung am weitesten hinter der Bundestagswahl zurück (-10%), bei den AfD-Gewinnen liegt sie gleichwohl auf Rang 18. In der Gemeinde Schnaudertal, Burgenlandkreis, 801 Wahlberechtigte erreicht die AfD mit 39,5% der Stimmen ihr bestes Ergebnis und mit 34,4% den größten Zuwachs gegenüber der Wahl 2013 – die Wahlbeteiligung liegt um lediglich 1% höher als bei der Bundestagswahl. Das buntscheckige Bild, welches die kleinen Gemeinden liefern, wiederholt sich strukturell auch bei größeren Gemeinden und Städten. Der Zusammenhang zwischen gestiegener Wahlbeteiligung und AfD-Ergebnis ist nicht eindeutig nach der Art: Je höher der

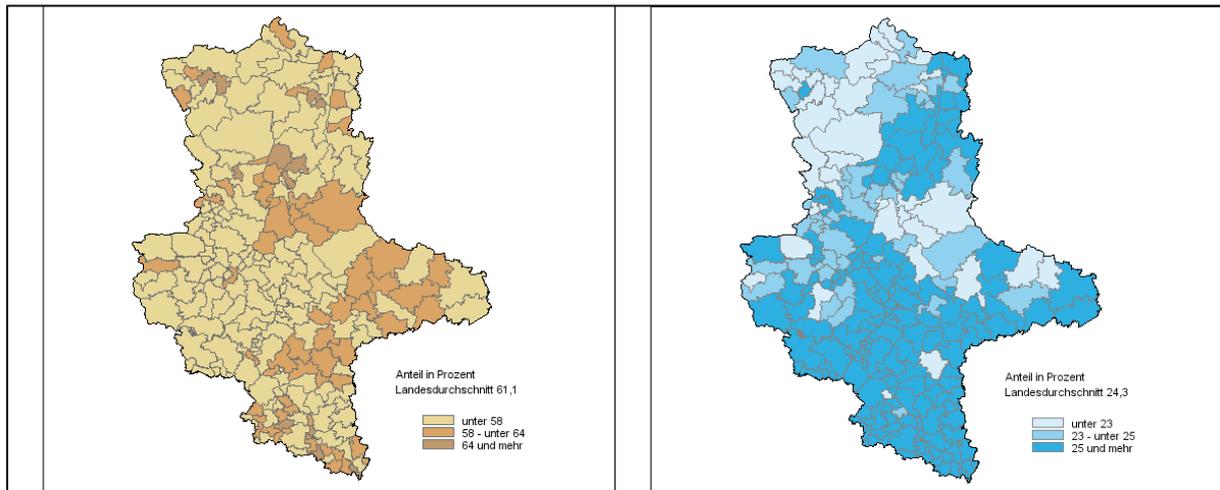


Anstieg der Wahlbeteiligung bzw. je mehr er diejenige an der Bundestagswahl übertrifft, desto besser ist das AfD-Ergebnis. In 61 Gemeinden und Städten beteiligten sich an der Landtagswahl mindestens 2% mehr Wahlberechtigte als an der Bundestagswahl, so dass hier am ehesten von einer Mobilisierung von (potenziellen) Dauernichtwählern gesprochen werden kann. Nur 20 dieser Städte und Gemeinden finden sich unter den 61 mit den höchsten AfD-Gewinnen wieder, 13 unter denen mit den niedrigsten AfD-Gewinnen.

Das uneinheitliche Muster lässt vermuten, dass neben der bundespolitischen Thematik auch spezifische lebensweltliche Prägungen, Erfahrungen und Verständigungen auf der Ebene des »sozialen Nahraums«, auch die Person der Kandidatin/des Kandidaten eine Rolle beim Anstieg der Wahlbeteiligung gespielt haben dürften. Betrachtet man die Verteilung des Anstiegs der Wahlbeteiligung über das gesamte Land, so zeigt sich das Bild eines Nord-Süd-Anstiegs, der wiederum im Großen und Ganzen auch für

Übersicht 1: Höhere Wahlbeteiligung bei LTW16 als bei BTW13		
Landkreis	Anzahl Gemeinden im LK insgesamt	dar. Wahlbeteiligung höher als bei BTW13
Altmarkkreis Salzwedel	13	2
Anhalt-Bitterfeld	10	8
Börde	34	19
Burgenlandkreis	33	19
Harz	20	17
Jerichower Land	8	4
Mansfeld-Südharz	22	11
Saalekreis	20	14
Salzlandkreis	21	9
Stendal	25	7
Wittenberg	9	2
	215	112
ohne die drei kreisfreien Städte		

das AfD-Wahlergebnis gilt: Im nördlichen Landesteil eher schwächer, im südlichen Teil eher überdurchschnittliche Ergebnisse (vgl. Übersicht 1).



Wahlbeteiligung und Zweitstimmenanteile der AfD bei der Landtagswahl am 13. März 2016.

## DIE AfD UND DIE MOBILISIERUNG VON NICHTWÄHLERINNEN UND NICHTWÄHLERN<sup>2</sup>

### WECHSEL VON NICHTWAHL ZU PARTEIWAHL

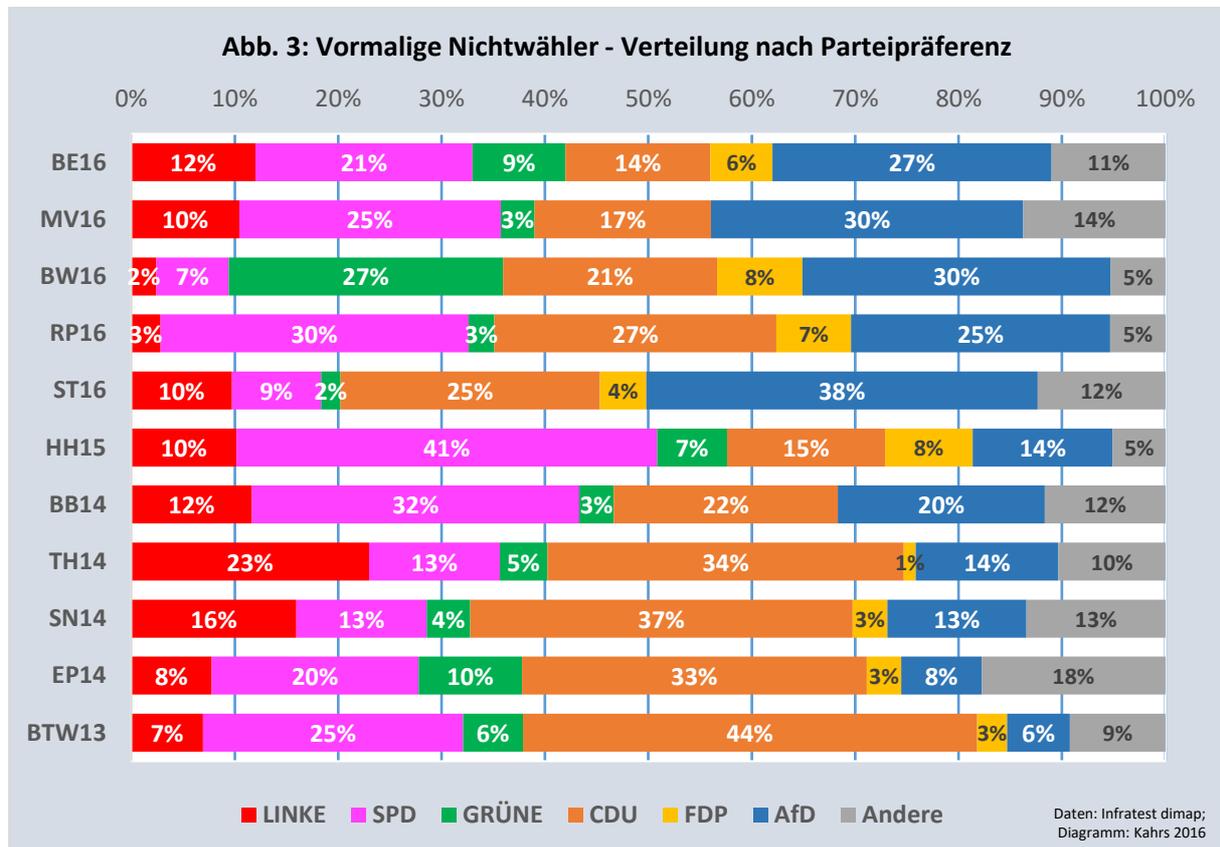
Im Rahmen seiner Wahlberichterstattung für die ARD ermittelt das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap auf der Basis von Nachwahlbefragungen Daten über die Wanderung von Wählerinnen und Wähler zwischen Parteiwahl und Nichtwahl und von einer Partei zur anderen. In der Regel finden für die mediale Berichterstattung die saldierten Zahlen Verwendung und vermitteln so ein Bild, welche Partei auf Kosten einer anderen Partei Stimmen gewonnen hat und ob mehr Wählerinnen und Wähler der Vorwahl zu Hause blieben als Nichtwähler der Vorwahl sich wieder beteiligten. Basis dieser Wanderungsbilanzen sind »Wählerstromkonten«, die Angaben enthalten über die Höhe der Abwanderung von einer Partei und über die Zuwanderung zu einer Partei. Regelmäßig zeigt sich, dass Parteien gleichzeitig Stimmen von vorherigen Nichtwählern gewinnen und gleichzeitig bisherige Wähler an die Nichtwahl verlieren. Eine Partei, die erstmals bei einer Wahl antritt, kann aber keine Stimmen an die Nichtwähler verlieren, sie verfügt in diesem Vergleich im Gegensatz zu allen anderen Parteien noch nicht über die Möglichkeit, Wähler und Wählerinnen enttäuscht zu haben. Daher ist es wenig aussagekräftig, die Gewinne der AfD unter vorherigen Nichtwählern mit der Nettowanderungsbilanz anderer Parteien mit den Nichtwählern zu vergleichen.<sup>3</sup> Ob die AfD in besonderem Maße, also stärker als alle anderen Parteien, in der Lage war, vormalige Nichtwähler zu gewinnen, lässt sich nur prüfen, wenn nur die Bewegung von Nichtwählern zu Parteien betrachtet und die Bewegung von (enttäuschten) Wählern zur Nichtwahl außer Acht gelassen wird.

Die Abbildung 3 zeigt die Wahlentscheidungen der vormaligen Nichtwählerinnen und, sie Nichtwähler seit der Bundestagswahl 2013. Bei allen Wahlen erzielt die AfD unter den vormaligen

<sup>2</sup> Sofern nicht anders angegeben handelt es sich im Folgenden um eigene Berechnungen auf der Basis der „Wählerstromkonten“ von Infratest dimap. Die Zahlen zugänglich etwa auf der Seite der Konrad-Adenauer-Stiftung: <http://www.kas.de/wf/de/71.15011/>

<sup>3</sup> Für die Wahl zum Europäischen Parlament 2014 verglich Infratest dimap die Wählerbewegungen nicht mit der Vorwahl, sondern mit der Bundestagswahl 2013. Es zeigt sich, dass die AfD knapp 1 Million ihrer Wählerinnen und Wähler an die Nichtwähler verlor.

Nichtwählern einen höheren Stimmenanteil als unter allen Wählern. Sie ist aber bis 2016 keineswegs die Partei, die den größten Anteil von Nichtwählern für sich verbuchen kann. Hier liegen die traditionellen Landesparteien CDU und SPD vorn, in Thüringen auch DIE LINKE. 2016 wird die AfD unter vormaligen Nichtwählern außer in Rheinland-Pfalz stärkste Partei. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gab es einen ausgeprägt personalisierten Zweikampf um das Amt des Ministerpräsidenten, der dazu führte, dass die jeweilige Partei des MP ebenfalls stark Nichtwähler mobilisieren konnte. Mit Abstrichen – die Frage, wer MP wird, schien eher vorentschieden – trifft dies auch auf die Wahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zu.

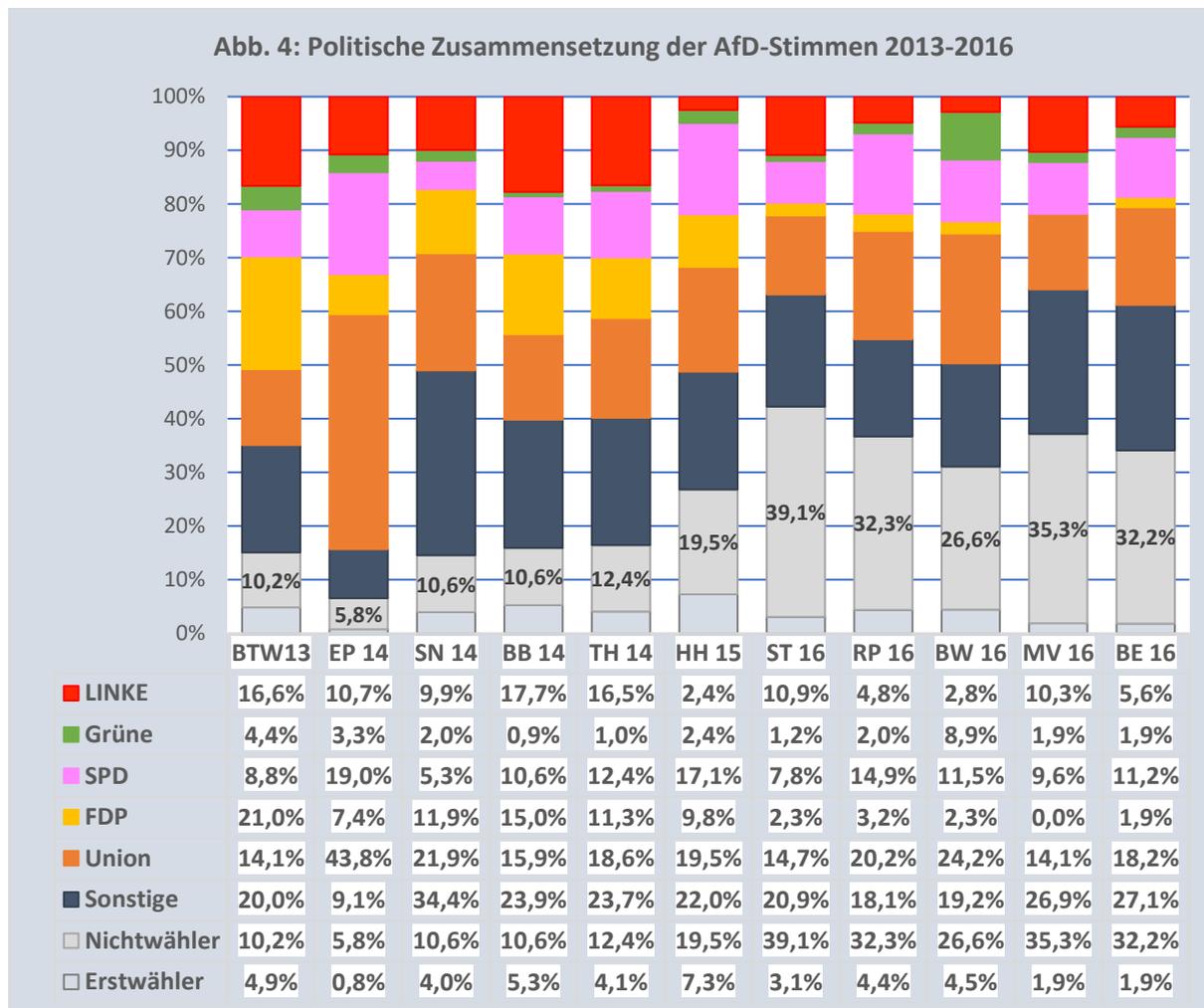


Die Vorstellung, dass allein oder vor allem die AfD bei vormaligen Nichtwählerinnen und Nichtwählern punkten konnte, trifft nicht zu. Auch andere Parteien konnten, insbesondere in Verbindung mit Entscheidungen über Persönlichkeiten, gleichzeitig unter Nichtwählern mobilisieren. Zutreffend ist aber die Aussage, dass die AfD (leicht) bei allen Wahlen, verestärkt 2016, überdurchschnittlich (zu ihrem Wahlergebnis) Zustimmung bei vormaligen Nichtwählerinnen und Nichtwählern fand. Es bieten sich drei Erklärungen an:

- das Ausreten einer neuen (Protest-)Partei ermuntert enttäuschte Wähler, es „noch einmal zu versuchen“, politisches Gehör zu finden;
- mit der neuen Partei treten „unverbrauchte“ Personen, die aus anderen Zusammenhängen bekannt sind (lokale Persönlichkeit, regionale Bekanntheit eines Moderators in Mecklenburg-Vorpommern usw.), in die politische Arena,
- es bestehen thematisch-inhaltliche Übereinstimmungen zwischen bestimmten Segmenten der Nichtwählerschaft, jenes Teils, der in Befragungen angibt, unentschlossen zu sein, ob er sich an der Wahl beteiligt oder nicht, und der AfD (oder werden projiziert), zum Beispiel in der Flüchtlingspolitik. Die „Leipziger Mitte Studie“ vom Frühjahr 2016 zeigte bezüglich der durchschnittlichen Zustimmung zu rechtspopulistischen Positionen, dass „der

durchschnittliche Nichtwähler“ als statistische Aggregat-Größe eher zwischen AfD und CDU als links von der Union zu verorten ist.<sup>4</sup>

Betrachtet man die Bedeutung der Stimmen vormaliger Wahlenthalter für das AfD-Ergebnis, also ihren Anteil an allen AfD-Stimmen (Abbildung 4), dann macht sie bis 2016 im Durchschnitt etwa ein Zehntel aller AfD-Stimmen aus, 2016 etwa ein Drittel mit einem Hoch in Sachsen-Anhalt (39%) und einem Tief in Baden-Württemberg (26%).



Die Wanderungsbilanzen lassen keine Aussagen darüber zu, ob es sich um vormalige taktische und/oder einmalige Nichtwähler handelt oder um dauerhafte Nichtwähler, also politik- und wahlferne Personen.

Die besondere Mobilisierung von Nichtwählern bzw. zwar bundespolitisch, aber nicht landespolitisch interessierten Wählerschichten, von Protest- und „Dagegen“-Stimmen erklärt einen Teil der herausragenden Wahlergebnisse 2016. Der Vergleich mit den Wahlen 2013-2015, bei denen ein solch' massiver Effekt nicht erzielt wurde, zeigt indes, dass in Teilen der wahlberechtigten Bürger und Bürgerinnen ein großes Bedürfnis vorhanden war, dem Unmut über die bundespolitische Richtung in der Flüchtlingspolitik, über die tatsächliche wie die angenommene, Ausdruck zu verleihen. Dieses

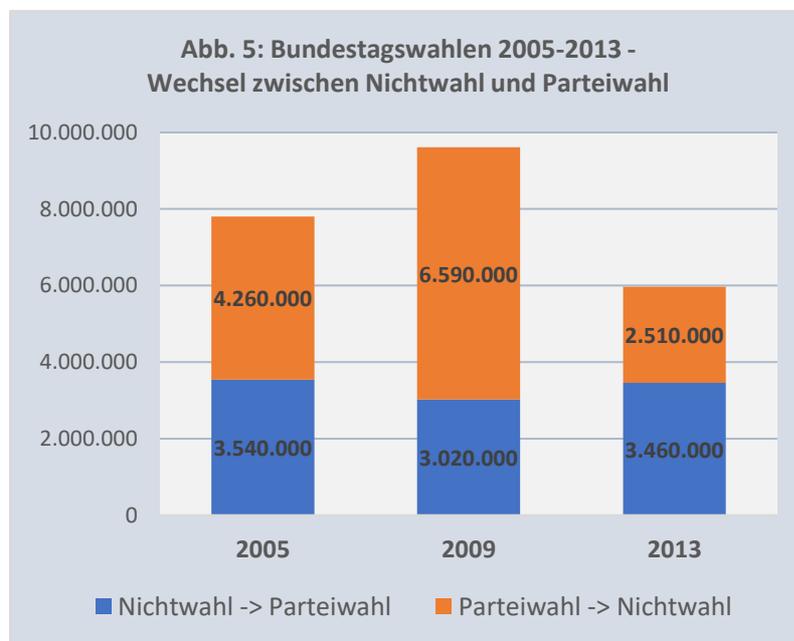
<sup>4</sup> Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen 2016; S. 73-92; zusammenfassend: Horst Kahrs: Die Linke und die „Enthemmte Mitte“, Arbeitspapier 5/2016, Juni 2016, S. 15-18.  
[http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Studien/Arbeitspapier\\_Die\\_LINKE\\_und\\_die\\_enthemmte\\_Mitte.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Arbeitspapier_Die_LINKE_und_die_enthemmte_Mitte.pdf)

Thema hat die AfD nicht „gemacht“ oder auf die Agenda gesetzt, sondern erfolgreich genutzt. Unter diesem Gesichtspunkt spiegeln die Wahlerfolge der AfD zweierlei:

- (a) das seit Jahrzehnten in verschiedenen Studien immer wieder gemessene Segment rechts-populistisch, ethnozentrisch, sozialdarwinistisch und antidemokratisch imprägnierte Potential von rund einem Fünftel der erwachsenen Bevölkerung findet in der AfD unter den aktuellen politischen Konstellationen einen eigenen politischen Ausdruck, wird zum politischen Subjekt;
- (b) unterhalb des „Radars“ des alltäglichen, tagesaktuellen politischen Betriebes hat sich zumindest in Teilen der Gesellschaft ein elementares Bedürfnis aufgestaut kundzutun, dass man mit der ganzen Richtung, die die gesellschaftliche Entwicklung nimmt, nicht einverstanden ist. Der Kern dieses Bedürfnisses ist, zumindest soweit er sich in einer Wahlentscheidung für die AfD ausdrückt, nicht der Wunsch nach Veränderung, sondern das genaue Gegenteil.

## WECHSEL ZWISCHEN PARTEIWAHL UND NICHTWAHL – DAUER-NICHTWÄHLER

Über die letzten drei Bundestagswahlen hinweg wuchs das Segment der dauerhaften Nichtwähler. Unter dauerhaften Nichtwählern werden diejenigen wahlberechtigten Personen verstanden, die an zwei aufeinanderfolgenden (Bundestags-)Wahlen nicht teilgenommen haben.



Bei jeder Wahl werden vormalige Wahlenthalter wieder zu Wählern einer Partei und umgekehrt vormalige Parteiwähler zu Wahlenthaltern. Bei der Bundestagswahl 2009 erreichte dieser Wechsel mit 9,6 Millionen Wahlberechtigten sein bisher größtes Ausmaß in der Geschichte der Bundesrepublik (Abbildung 5). Dabei wurden rund 3 Millionen Nichtwähler des Jahres 2005 wieder die Wählern und knapp 6,6 Millionen Wähler des Jahres 2005 zu Nichtwählern. Insbesondere die Bewegung zu den Nichtwählern hatte 2009 gegenüber 2005 nochmals deutlich zugenommen.

Bei der Wahl 2013 war das Volumen der Umentscheidungen mit rund 6 Millionen Personen deutlich geringer und erstmals (seit 1998) übertraf der Wechsel ins Wählerlager den Wechsel ins Nichtwähler wieder.

Die Rate derjenigen Nichtwähler der Vorwahl, die bei der aktuellen Wahl zu Parteiwählern wurden, betrug 2005: 28% der Nichtwähler 2002, 2009: 22% der Nichtwähler 2005 und 2013: 19% der Nichtwähler 2009. Der sinkenden Rate entspricht ein wachsender Anteil dauerhafter Nichtwähler. Ihre Zahl stieg von 9,3 Mio. über 10,8 Mio. auf 14,7 Mio. Personen in 2013.

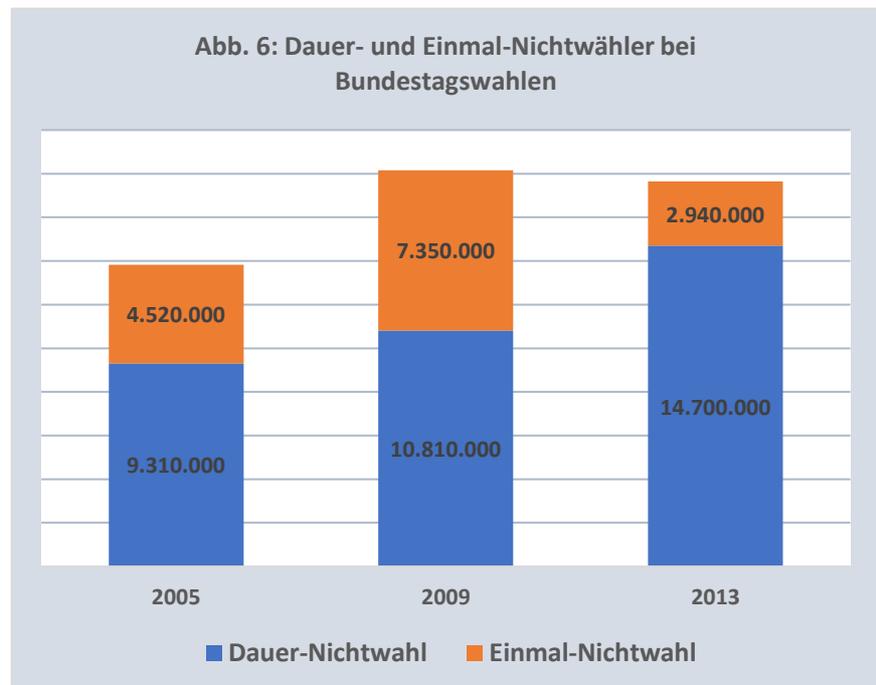
Die Abwanderung von Parteiwählern zu Nichtwählern war 2005 mit 76% und 2009 mit 70% vor allem eine Abwendung von CDU und SPD. 2013 entfielen auf diese beiden Parteien nur noch unterdurchschnittliche 36%, im Saldo verzeichneten beide Parteien wieder Stimmengewinne bei vorherigen Nichtwählern. Die anderen drei kleinen Bundestagsparteien stellten 2013 55% der Wechsel zu den Nichtwählern und verloren im Saldo deutlich an die Wahlenthaltung. Zu einem großen Teil handelt es sich hierbei um von CDU und SPD enttäuschte Bürgerinnen und Bürger, die sich 2009 noch für eine andere Partei – LINKE, Grüne, FDP – entschieden hatten und 2013 zu Nichtwählern wurden.

Von einer Rückkehr an die Wahlurne sind am ehesten diejenigen Nichtwähler zu überzeugen, deren Gründe für die Nichtwahl eher taktischer oder konjunktureller Natur waren: weil man die eigene Par-

tei nicht, aber auch keine andere wählen wollte, weil man den Ausgang für ausgemacht und daher die eigene Beteiligung nicht für bedeutsam erachtete und andere Überlegungen und Verhinderungen dieser Art. Deutlich schwieriger wird es, aus dem Kreis der mindestens zweimal aufeinander nicht wählenden Personen Wahlberechtigte von der Stimmabgabe zu überzeugen. Entweder haben sie sich noch nie beteiligt oder ihre direkte oder indirekte (über den Zwischenschritt der Wahl einer anderen Partei) Abwendung von einer angestimmten Partei ist zu einer Abwendung von Wahlen geworden. Abbildung 6 zeigt die Größenordnung beider Segmente auf Basis der kumulierten Zahlen aus den Wählerstromkonten von Infratest dimap. Der Anteil der Einmal-Nichtwahl betrug 2005: 33%, 2009: 40% und 2013 nur noch 17%.

Bei der Bundestagswahl 2013 sind der AfD keine Einbrüche in das Segment der Dauer-Nichtwähler gelungen. Dass dies bei den Landtagswahlen 2016 regional der Fall gewesen sein könnte, wurde im ersten Kapitel diskutiert. Ob dies in nennenswertem Umfang bei der kommenden Bundestagswahl der Fall sein wird, bleibt abzuwarten. Eine steigende Wahlbeteiligung mit durchaus offenem Ausgang, zu wessen Vorteil sie ausfällt, dürfte weniger mit dem Auftreten einer neuen Partei als vielmehr mit einer anhaltenden gesellschaftspolitischen Polarisierung verbunden sein.

Der letzte neue parteipolitische Akteur, der auf Bundesebene erfolgreich war, war die Verbindung von PDS und WASG. Die Linkspartei.PDS zog 2005 über eine halbe Million vorheriger Nichtwähler an, sie machten mit 13% einen größeren Anteil an den Stimmen für die Partei als die Nichtwähler 2013 mit 10% bei der AfD. 2009 machten ehemalige Nichtwähler nur noch 8%, 2013 noch 6% an der erreichten Stimmzahl aus, die Verluste an die Nichtwähler waren deutlich größer (2009: 18%, 2013: 11% der Stimmen der jeweiligen Vorwahl), die Nettowanderungsbilanz mit den Nichtwählern



deutlich negativ. Der Wahlerfolg der Partei verdankte sich 2009 klar den Wechselwählern von anderen Parteien, nicht den Nichtwählern. Es gelang nicht, eine auch politikferne Bürger und Bürgerinnen mobilisierende Polarisierung, eine gesellschaftspolitische Richtungsentscheidung zur Wahl zu stellen. Dies hätte nach Lage der Dinge nur eine Polarisierung entlang der Konfliktlinie Arbeit – Kapital sein können.

Sollte der AfD ein Wahlerfolg bei Nichtwählern gelingen, so wäre dies ein Beleg für eine erfolgreiche Mobilisierung und Polarisierung entlang der gesellschaftspolitischen Konfliktlinien Zuwanderung – Abschottung und regionaler Verteilung des Wachstums (Wachsende Städte -Peripherie).